

POLITISCHER BERICHT TSCHECHIEN

Februar – März 2004

ÜBERSICHT

- **Gesetz zur Würdigung Edvard Beneš**
- **Tschechien und die Europawahlen**
- **Kandidaten für das Amt des tschechischen EU-Kommissars**

Gesetz zur Würdigung Edvard Beneš

Am 24. Februar 2004 verabschiedete das tschechische Abgeordnetenhaus das umstrittene Gesetz zur Würdigung des ehemaligen tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Beneš. Das Gesetz besteht nur aus einem Satz: „Edvard Beneš hat sich um den Staat verdient gemacht“. Bisläng war diese Ehrung nur dem Staatsgründer Masaryk zuteil geworden.

Für die Regelung stimmten 118 Abgeordnete, die in erster Linie aus den Reihen der regierenden ČSSD (fast komplett) sowie der oppositionellen ODS (etwa 50% der ODS-Abgeordneten stimmte dafür) und der Kommunistischen



Partei (ausnahmslos) stammten. Gegen das Gesetz stimmten die mitregierenden Christdemokraten und die rechtsliberale Freiheitsunion. Obwohl mit einem Veto des konservativeren Oberhauses des Parlaments, des Senats, zu rechnen ist, könnte dieses angesichts der jetzigen deutlichen Mehrheit im Abgeordnetenhaus mühelos überstimmt werden. Bereits im Vorfeld machten eine Reihe von Senatoren ihre Ablehnung deutlich, darunter auch der ODS-Vorsitzende Topolánek.

In der tschechischen Presse rief die „Lex Beneš“ einen lebhaften Diskurs hervor. Einstimmig lehnen die themengebundenen Kommentare das Gesetz ab. So bezeichnet beispielsweise die Wirtschaftszeitung „Hospodářské noviny“ in ihrem Kommentar vom 24. Februar 2004 die Beneš-Würdigung als ein „Beispiel für ein Gesetz, das ein Parlament überhaupt nicht behandeln sollte, ähnlich wie es keine Vorschriften über die guten Sitten festlegen oder bestimmen sollte, welcher Kalendertag wichtig und welcher unwichtig ist.“ Der Senat solle das „unnötige Gesetz“ zurückweisen und die Abgeordnetenkammer es nach der Zurückweisung durch den Senat beim zweiten Mal ablehnen. Weder der Ruf von Edvard Beneš noch all seine Dekrete würden dadurch Schaden nehmen, meint „Hospodářské noviny“. Die Frage, warum die „unnötige“ „Lex Beneš“ überhaupt entstanden sei, beantworten alle Kommentatoren in der gleichen Weise: Das Gesetz sei eine Reaktion auf diejenigen, die die sog. Beneš-Dekrete außer Kraft gesetzt sehen möchten, also die Sudetendeutschen.

In Deutschland, Österreich und auf der europäischen Ebene rief das Sondergesetz zur Würdigung Beneš Empörung hervor. Am 27. Februar 2004 berichtet die linke Tageszeitung „Právo“, dass Bernd Posselt an Klaus appelliere, die „Lex Beneš“ nicht zu unterzeichnen. Weiterhin informiert „Právo“ am 11. März 2004 über die kritische Aufnahme des Gesetzes im Europaparlament, insbesondere durch Jürgen Schröder (CDU) und seine österreichische Kollegin Ursula Stenzel (ÖVP). Schröder lehne es ab, zukünftig in der EVP-ED Fraktion mit den Leuten zu sitzen, die für das Gesetz stimmten und zielt damit auf diejenigen ODS-Vertreter, die das Gesetz unterstützten.



Auf scharfe Kritik stieß das Sondergesetz zur Würdigung Edvard Beneš bei der österreichischen Sudetendeutschen Landsmannschaft. Diese Kritik blieb in Tschechien nicht ohne Reaktion. Am 26. Februar schrieb der Staatspräsident Václav Klaus an seinen Amtskollegen, Thomas Klestil. Klaus hätte sich empört geäußert im Hinblick auf „einige unannehmbarere Aussagen österreichischer Politiker im Zusammenhang mit der Annahme des Gesetzes über Präsident Edvard Beneš“, so die Presseabteilung des Präsidialamtes in Prag.

Der deutsche Außenminister Joschka Fischer äußerte sich während eines Prag-Besuchs nur am Rande zur „Lex Beneš“. Am 28. Februar zitiert die „Mladá fronta dnes“ den deutschen Außenminister: „Kein Gesetz kann unsere ausgezeichneten Beziehungen stören“.

Tschechien und die Europawahlen

Am 11. und 12. Juni 2004 finden in Tschechien die ersten Europawahlen statt. Mehr als die Hälfte der wahlberechtigten Tschechen will zur Wahlurne gehen, um 24 Europaabgeordnete zu wählen. Das tschechische Zentrum für Meinungsforschung (CVVM) bestätigte im Januar und Februar 2004 diese Prognosen: Etwa 60 % der Befragten wollen an der Europawahl teilnehmen; 26 % wollen gar nicht zur Wahl gehen; 14 % sollen noch unentschlossen sein.

Nicht wählen wollen vor allem Rentner, Studenten, Arbeitslose und Geringverdienender. Auf der anderen Seite ist es insbesondere die intellektuelle Elite mit gutem Lebensstandard, die bereit ist, ihre Volksvertreter für das Europaparlament mitzubestimmen. Bei der Wahl wird nach den Untersuchungen der Institute die Persönlichkeit des Europaabgeordneten eine größere Rolle spielen als die Parteizugehörigkeit. Die Parteipräferenzen im Hinblick auf die Europawahlen ähneln denen für die Wahlen zur Abgeordnetenversammlung: 33 % der Stimmen würde die ODS erhalten, 15 % die ČSSD, 13 % die KSČM und



7 % die KDU-ČSL. Andere Parteien scheitern laut der Meinungsumfrage des Instituts CVVM an der Fünf-Prozent-Hürde.

Die Parteien und Bewegungen müssen spätestens bis zum 6. April 2004 ihre Kandidaten nominieren. Alle Parlamentsparteien haben die Namen ihrer Spitzenkandidaten bereits veröffentlicht: Die bürgerlichen Demokraten (ODS) wählten Jan Zahradil, die Nummer Eins der Christdemokraten ist die Senatorin Dr. Zuzana Roithová, bei der Freiheitsunion (US-DEU) führt die Wahlliste ins Europaparlament die Senatorin Helena Rögnerová an,

Helena Rögnerová unterstützt die Entscheidung des Parteivorstandes, in die Fraktion der Europäischen Liberaldemokraten einzutreten. Endgültig soll darüber am 16. März 2004 entschieden werden. Weiterhin plädiert Frau Rögnerová für die möglichst schnelle Einführung des Euro in Tschechien und für die Schaffung des Amtes eines europäischen Präsidenten.

Der programmatische Schwerpunkt der christdemokratischen Kandidatin Roithová liegt im Bereich der Bildung und Forschung. Die Christdemokraten wollen durchsetzen, dass der auf europäischer Ebene geplante Rat für Wissenschaft und Forschung seinen Sitz in Prag haben wird.

Der 1. stellvertretende ODS-Vorsitzende und Spitzenkandidat Jan Zahradil wird im Europaparlament in erster Linie eine weitere Vertiefung der europäischen Integration verhindern und verstärkt „nationale Interessen“ auf europäischer Ebene durchsetzen wollen.

Die stärkste tschechische Oppositionspartei, die Demokratische Bürgerpartei (ODS), ist im Europäischen Parlament (EP) wegen ihrer negativen Haltung einiger profilierter Parteivertreter zur europäischen Integration bereits bekannt. In die Kritik geriet die ODS erneut wegen der Verteidigung der sog. Beneš-Dekrete durch einen Teil der Partei. Wie die Prager Wirtschaftszeitung „Hospodářské noviny“ am 8. März 2004 berichtet, stellt die Europäische Volkspartei (EVP) wegen der genannten Streitpunkte in Frage, ob sie die als Wahlfavorit geltende ODS in ihre Fraktion aufnehmen wird. Die ODS-

Beobachter im Europäischen Parlament müssten zudem vor dem EVP-Klub die Annahme der „Lex Beneš“ erläutern. Insbesondere deutsche Abgeordnete betrachten das Gesetz zur Würdigung des umstrittenen tschechoslowakischen Ex-Präsidenten Edvard Beneš als „Provokation“. „Ich habe also den Kollegen in der Fraktion den Sinn und das Prinzip des Gesetzes erklärt. Sie haben es nicht verstanden“, zitiert „Hospodářské noviny“ in diesem Zusammenhang den ODS-Mandatsträger und EP-Beobachter Miroslav Ouzký wörtlich.

Massiv abgelehnt wird auf der anderen Seite die sog. „Lex Beneš“ insbesondere von den jungen Politikern der ODS, für die Ex-Präsident Beneš hauptverantwortlich für die Anlehnung der Tschechoslowakei an die kommunistische Sowjetunion nach dem zweiten Weltkrieg ist. Vertreter dieses Flügels der ODS bezeichneten der KAS gegenüber das Gesetz als „Unfug“.

Kandidaten für das Amt des tschechischen EU-Kommissars

Bis Ende Januar 2004 sollte die tschechische Regierung ihren Vorschlag für einen tschechischen EU-Kommissar bei Kommissionschef Romano Prodi einreichen. Am 13. Januar wurde für das Amt der ČSSD-Abgeordnete und ehemalige Umweltminister Miloš Kužvart nominiert. Die Nominierung Kužvarts war von vornherein problematisch: Die stärkste Regierungspartei ČSSD hatte Kužvart im Ministerrat gegen den Willen der mitregierenden Christdemokraten und der rechtsliberalen Freiheitsunion letztlich dank ihrer Stimmenmehrheit durchgesetzt.

Der auch bei der Opposition äußerst unbeliebte Kužvart zog am 22. Februar 2004 seine Kandidatur für das Amt in Brüssel überraschend zurück. Grund für diesen Schritt wären insbesondere Zweifel des christdemokratischen Außenministers Cyril Svoboda an seiner Ernennung gewesen, so Kužvart laut Medienberichten. Kužvart habe jedoch nicht nur wegen mangelnder Unterstützung durch die Prager Regierung resigniert, berichtet die Prager Presse.

Kužvart soll in Brüssel auch deutlich geworden sein, dass er wegen seiner schwachen Englischkenntnisse dem Amt nicht gewachsen gewesen wäre.

Nach diesem Rückschlag für Premierminister Špidla beabsichtigte die Mitte-Links-Koalition, sich auf einen geeigneten Vertreter zu einigen. Dabei wollten die Regierungsparteien möglicherweise auch der Opposition ein Mitspracherecht einräumen. Dies gelang jedoch nicht. Am 23. Februar 2004 nominierte die Regierung als neuen Vertreter Tschechiens in der Europäischen Kommission den umstrittenen Pavel Telička.

Auch auf Telička konnten sich die Regierungsparteien nicht einigen. Den einstigen Chefunterhändler in Brüssel und derzeitigen tschechischen Botschafter bei der EU attackierte die mitregierende christdemokratische Volkspartei (KDU-ČSL) heftig. Den Christdemokraten missfällt Teličkas einstige Mitgliedschaft in der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei. Der Parteivorsitzende der KDU-ČSL, Miroslav Kalousek, nannte Telička öffentlich einen „strebsamen Parteikarrieristen“. Seine Partei habe nicht das Mandat ihrer Wähler, der Beförderung eines solchen Menschen in eine hohe politische Funktion zuzustimmen, so Kalousek. Da die KDU-ČSL nur drei Minister stellt, gelang es der Regierung, trotz der Proteste der Christdemokraten, Telička innerhalb von drei Tagen nach Kužvarts Rückzug zu nominieren.

Diese schnelle Ernennung von Pavel Telička soll auch auf den Druck der Kommission in Brüssel zurückzuführen sein. Der Präsident der Europäischen Kommission, Romano Prodi und Erweiterungskommissar Günter Verheugen hätten am 25. Januar 2004 in Brüssel während eines Treffens mit Außenminister Cyril Svoboda in Prag dazu aufgefordert, umgehend einen neuen tschechischen Kandidaten zu bestimmen. Prodi habe zudem verlangt, Tschechien solle eine „starke Persönlichkeit“ nach Brüssel entsenden, die genau wisse, wie die Union funktioniere und keinen „Lehrling“, wie es der ursprünglich nominierte Ex-Umweltminister Miloš Kužvart gewesen sei. Außenminister Svoboda erklärte nach seiner Rückkehr nach Prag gegenüber der regierungsnahen Tageszeitung „Právo“, Prodi habe ihm nun wörtlich ge-



sagt, „ernennt einen Menschen, der vom ersten Tag an Vollkommissar sein kann.“

Prag, den 17.03.04

Pavĺína Richterov
(wiss. Mitarbeiterin)

Dr. Stefan Gehrold
(Außenstellenleiter)